

(A) (Minister Schwier)

Wir werden weiterhin dafür sorgen, daß unsere traditionelle finanzielle Förderung des frei organisierten Sports über die Wetteinnahmen nicht durch europäische Gesetzgebung in irgendeiner Weise tangiert wird. Ich war neulich mit den Präsidenten des Deutschen Sportbundes und des Landessportbundes in Brüssel. Wir haben die Vertreter aller Länder dort auf diese Gefährdung hingewiesen. Sie waren uns dafür dankbar.

Zur Förderung von Spaßbädern! Wir machen jedes Jahr mit unserer Aktionswoche "Bad" deutlich, daß man in jedem Bad Spaß haben kann, wenn alle Betroffenen damit einigermäßen einverstanden sind. Im übrigen: Die unterschiedlichen Formen von Angeboten - bis hin zum Fitneßcenter, wenn es nicht gesundheitsschädlich wirkt -, sollten wir tolerieren. Die Landesmittel müssen aber den Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die jedermann besuchen kann. Deswegen spielt der Schulsport eine so besondere Rolle.

(B) Herr Kuckart, Sie wollen gelesen haben, daß der Schulsport in Berufsschulen abgeschafft werden soll. Da haben Sie den verkehrten Autor erwischt: Das war eine Forderung eines Teils der Wirtschaft. Die sagten: Lehrlinge brauchen doch keinen Sport in der Berufsschule. Der Kultusminister hat dem heftig widersprochen. Aber Sie sehen, so kann es einem passieren, daß man auf dem verkehrten Bein hurra ruft.

Zum Sport um die Ecke! Herr Kollege Mai, wenn Sie einmal den Sportatlas, den wir erstellt haben und der laufend fortgeschrieben wird, in die Hand genommen hätten, hätten Sie festgestellt, daß wir uns darum schon Mühe geben.

Abschließend möchte ich sagen: Natürlich soll Sport in der Familie, um die Ecke und in welcher Organisationsform auch immer - häufig auch unorganisiert - unentwegt stattfinden. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß regelmäßiges Sporttreiben sicherer und besser im Verein ist. Deswegen arbeiten wir mit den Sportvereinen intensiv zusammen. Wir wollen möglichst viele junge Menschen dazu anregen, in Sportvereine einzutreten. Dort kann man bekanntlich bis ins hohe Lebensalter Sport treiben, was in der Schule zum Beispiel auf keinen Fall möglich ist.

(C)

Im übrigen möchte ich deutlich machen, daß auch im Sportausschuß - ich will nicht von Harmonie sprechen, aber - immer fair miteinander gespielt wird. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 05.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2911 - Kapitel 05 300 neuer Titel "Personalverstärkungsmittel für öffentliche Schulen" - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/2805 abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die Beschlußempfehlung ist angenommen. Damit ist der Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen.

(D)

Ich rufe jetzt die Nummer 7 auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung sowie auf die vorliegenden Änderungsanträge, eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Woldering von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Woldering (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon im vergangenen Jahr haben wir an gleicher Stelle darauf hingewiesen, daß der Haushalt des Frauenministeriums außerordentlich mager ist. Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß die Personalausgaben dieses Haushalts in

(A) (Woldering [CDU])

keinem Verhältnis zur Effektivität der Arbeit stehen.

Frau Ministerin, wir haben Sie in der letzten Legislaturperiode sehr unterstützt, haben gefordert, daß Ihnen in der damaligen Position mehr Rechte eingeräumt würden. Wir haben es auch begrüßt, daß aus der Parlamentarischen Staatssekretärin eine Ministerin geworden ist. Wir glaubten allerdings, daß Ihnen damit mehr inhaltliche Kompetenzen und ein gleichwertiges Mitspracherecht am Kabinetttisch gegeben würden, andererseits aber auch ein Mehr an Finanzmitteln, um eine effektive Frauenförderung im Land zu betreiben.

Frau Ministerin, wir sind enttäuscht. Die Zeit, die wir Ihnen für den Aufbau eines neuen Ministeriums zubilligt haben, ist unseres Erachtens verstrichen.

Auch der Haushalt 1992 kann - das haben wir schon im Frauenausschuß zum Ausdruck gebracht - absolut keinen Aha-Effekt hervorrufen.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Das liegt aber an Ihnen, Frau Woldering!)

(B) Frau Ministerin, Sie haben uns im Frauenausschuß Ihren Haushalt vorgestellt und dabei erklärt - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -:

Die Steigerungsrate für den Einzelplan 11 liegt bei 4,59 % - bei einer Gesamtsteigerungsrate des Haushalts von 3,5 % .

Sie haben weiter erklärt - ich zitiere wiederum mit Genehmigung der Frau Präsidentin -:

Es ist also eine überproportionale Steigerung.

Frau Ministerin, das hätten Sie besser nicht gesagt.

Der objektive Zahlenvergleich Ihres Haushaltes stimmt zwar insoweit; aber, meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor: Die überproportionale Steigerung fließt in den Personalhaushalt und in die sächlichen Verwaltungsausgaben. Bei Ausgaben für Investitionen zum Beispiel geht der Ansatz um 100 % zurück. Nur am Rande sei erwähnt, daß wir trotz der Steigerung der Personalkosten in Ihrem Haushalt immer noch Klagen im Land hören, daß es eine er-

(C) hebliche Zeit in Anspruch nimmt, bis Briefe und Anfragen, die an Ihr Ministerium gerichtet sind, beantwortet werden.

Frau Ministerin, Sie können sich nicht in jedem Jahr dahinter verstecken, daß Frauenpolitik Querschnittspolitik ist. Frau Kollegin Speth, da genügt es auch nicht, daß Sie gestern bereits der Frau Ridder-Melchers nach den Ausführungen von Frau Hürten kräftig zur Seite gesprungen sind und erklärt haben, daß auch in anderen Haushalten frauenpolitisch relevante Dinge enthalten sind. Sie, Frau Ridder-Melchers, müssen sich vorhalten lassen, daß Sie offensichtlich auch in den anderen Haushalten in bezug auf frauenpolitische Belange nur sehr wenig bewirken konnten.

Obwohl Sie auch bereits in früherer Zeit den Anspruch auf einen Kindergartenplatz gefordert haben, haben Sie diesen Anspruch im Kabinett nicht durchsetzen können. Sie haben sich auch auf Nachfrage im Frauenausschuß sogar dahinter versteckt, daß die Kommunen dann im Grunde ja noch enger gestellt würden. Die Botschaft, die z. B. der Bund im neuen Jugendhilfegesetz gegeben hat, das Recht auf einen Kindergartenplatz festzuschreiben, diese Botschaft haben Sie für das Land Nordrhein-Westfalen nicht durchsetzen können.

(D) Sie haben überhaupt bei der Beratung des Kindertagesstättengesetzes keine gute Figur abgegeben.

(Widerspruch bei der SPD)

Nicht durchsetzbar war der Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz - ich unterstelle, daß Sie ihn im Kabinett gefordert haben -, nicht durchsetzbar war auch die Beibehaltung bzw. Festschreibung der Elternbeiträge, und, was ich ganz besonders schlimm finde, das neue Kindertagesstättengesetz wird sicher kein Anreiz für freie Träger sein, weitere Kindertagesstättenplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinemann: Kommt das schon wieder?)

Das Interesse wird also sicher sehr nachlassen. Noch schlimmer wäre ja die Situation geworden, wenn die Opposition, die Eltern, die Träger und auch die Kindertagesstätten nicht so gewaltig Sturm gegen das

(A) (Woldering [CDU])

zunächst beabsichtigte Kindertagesstättengesetz gelaufen wären.

Aber gehen wir zum Bereich der Schule! Was ist hier bewirkt worden? Haben Sie genügend Ganztagsangebote dort, wo sie benötigt werden? Im Gesamtschulbereich tun Sie etwas; das ist klar. Das sehen wir auch in dem neuen Haushalt. Haben wir inzwischen verlässliche Grundschulzeiten?

Frau Ridder-Melchers, Sie haben zwar lobenswerterweise auf Ihre Fahne geschrieben, die Vereinbarkeit von Frau und Beruf voranzutreiben. Sie wollen mehr Geld für die Regionalstellen "Frau und Beruf" ausgeben. Bisher sind Sie uns aber den mehrmals angeforderten Bericht über die Effektivität dieser Regionalstellen schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU)

Seitens Ihres Ministeriums war vor einiger Zeit selbst eingeräumt worden, daß die Effektivität dieser Stellen durchaus unterschiedlich sei.

Mit den Rahmenbedingungen hapert es in diesem Lande. Da lobe ich mir den Bund, der in familienpolitischen und damit auch in frauenpolitischen Dingen Maßstäbe gesetzt und die Ausgaben für die Familien und Frauen seit der Regierungsübernahme mehr als verdoppelt hat.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld für Väter und Mütter, Anerkennung von Erziehungszeiten, die jetzt nochmals wieder aufgestockt worden sind, finanzielle Verbesserungen für Familien mit Kindern sollen nur beispielhaft erwähnt werden.

Das Frauenfördergesetz, bisher als Glanzleistung von Ihnen gefeiert, wird verfassungsrechtlich sehr kritisch gesehen. Selbst wenn es die Hürde des Bundesverfassungsgerichts passieren würde - und das bezweifle ich sogar sehr -, wäre es nach unserer Meinung nicht der richtige Weg. Es fehlen nämlich auch dafür die Rahmenbedingungen, die den Frauen, die wirklich aus familienpolitischen Erwägungen eine Zeitlang aus dem Beruf ausscheiden, den Wiedereinstieg verschaffen.

(C)

(Ministerin Ridder-Melchers: Dummes Zeug, was Sie sagen!)

Man hört ja auch im Lande, daß das Frauenfördergesetz nicht so richtig greift, obwohl es ja zur Zeit noch zu beachten ist. Man versucht es zu umgehen, um den Ärger, den es bringt, zu vermeiden.

Wir brauchen, Frau Ministerin, eine engagierte Frauenpolitik, keine weinerliche und auch keine wehleidige. Wir sind nicht der Ansicht, Ihr Ministerium müsse abgeschafft werden. Nur: Es muß nun wirklich mehr kommen! Bisher haben Sie nicht die Macht gezeigt, in allen Bereichen, wenn schon Frauenpolitik Querschnittspolitik ist - und diese Meinung teile ich mit Ihnen -, frauenpolitische Dinge auch wirklich durchzusetzen. Sie waren meistens die Verliererin. Das bedauern wir!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Kollegin Garbe für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordnete Garbe (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Woldering, ich hatte eigentlich im stillen gehofft, weil Sie diesmal nicht damit begonnen haben, wie das in der Vergangenheit von Ihrer Fraktion der Fall war, daß Sie darauf verzichten würden, das Lob auf die Bundesregierung und ihre Frauenpolitik zu singen. Ich hatte es wirklich gehofft!

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

- Ich kann Sie nicht verstehen. Melden Sie sich ordentlich, dann kriegen Sie auch eine ordentliche Antwort.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Frau Woldering, Sie haben es nicht gelassen, sondern Sie haben es gesungen. Da hilft überhaupt nichts. Mir tut es leid, daß ich das sagen muß: Ihre Frauenministerin, Frau Merkel, ist von einer erschreckenden

(A) (Garbe [SPD])

Ahnungslosigkeit, was Frauenpolitik angeht.

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe bei der CDU)

- Sie ist von einer erschreckenden Ahnungslosigkeit. Es tut mir leid, daß ich das hier so sagen muß. Frau Merkel duldet, daß Kinderbetreuungsplätze in den östlichen Ländern abgeschafft werden, anstatt sie zu erhalten. Dort könnte man nämlich einfach einmal vorführen, wie das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz praktiziert werden kann. Wir haben gehofft, daß wir sagen können: Dort ist es so; jetzt können wir es hier auch machen. Kein Bundesland ist so nahe daran, das Recht auf einen Kindergartenplatz tatsächlich zu verwirklichen, wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Rheinland-Pfälzer das kurz vor der Landtagswahl aus populistischen Gründen schnell noch ins Gesetz geschrieben haben, dann heißt das noch lange nicht, daß sie über 60 % Versorgung hinausgekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Und die Ausgangssituation dort für SPD und F.D.P. ist denkbar schlecht. In keinem anderen Land gibt es so gute Voraussetzungen wie bei uns!

Frau Merkel versucht, indem sie das verkauft, was Sie auch gerade hier gelobt haben, nämlich den Erziehungsurlaub - - Das ist ja ein vollkommen falscher Ausdruck. Wenn Männer ihn überwiegend in Anspruch nähmen, hieße das auch nicht "Urlaub", sondern hätte einen anderen Namen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Welchen denn?)

- Es ist kein Urlaub, wenn man Kinder erzieht. Das ist auch echte Arbeit!

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Machen Sie einen Vorschlag!)

- Hören Sie mal auf, dazwischenzurufen. Ich habe zu wenig Zeit, mich darauf einzulassen.

Frau Merkel versucht den Frauen in den neuen Bun-

(C)

desländern weiszumachen, daß das Leben als Familienfrau der Frauenhimmel an sich ist, ohne sie auf die Konsequenzen hinzuweisen, nämlich die Konsequenz, daß man, wenn man sich längere Zeit darauf einläßt, eine arme alte Frau wird, nämlich einem dann die Armut im Alter als Zukunftsperspektive bleibt.

Eine Frauenministerin sollte nicht zulassen, daß ihr Ministerium nur scheinbar zu den erstklassigen gehört - wenn man das heute in der Presse richtig gelesen hat, daß dort gesagt wurde: Die, die mit dem Kanzler nach Berlin kommen, sind die erstklassigen Ministerien, das andere sind die zweitrangigen Ministerien. Wenn Sie dann zwar scheinbar zu den Erstklassigen gehört, aber, wie man in der Presse lesen konnte, nur 10 % ihres Ministeriums nach Berlin verlagert werden, kann man eigentlich nur annehmen, daß sie als einzige sozusagen nach Berlin versetzt wird, damit sie als zukünftige möglicherweise stellvertretende Parteivorsitzende beim Kanzler in der Nähe bleibt.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie so gewollt.)

Sie wissen, wie ich in namentlicher Abstimmung abgestimmt habe, und ich stehe auch dazu.

(Zuruf von der CDU: Wie denn?)

- Das können Sie ja nachlesen. Lesen Sie doch einmal das Protokoll. Deswegen haben wir dieses Spiel ja gespielt. Das war ja von Ihnen damals angeregt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotzdem: Daß Frauenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, haben inzwischen fast alle begriffen. Auch Frau Woldering hat das hier gerade noch einmal unterstrichen. Daß ein eigenständiges Ministerium erforderlich und hilfreich ist, um Verbesserungen für Frauen in allen Bereichen der Politik und darüber hinaus einzufordern, durchzusetzen und zu begleiten, haben die meisten begriffen und weitgehend akzeptiert. Ich sehe heute hier nicht Frau Witteler-Koch. Dennoch will ich dazu ein paar Anmerkungen machen, weil sie die Vertreterin der F.D.P. im Frauenausschuß ist, mit der wir uns herumplagen müssen; das will ich hier einmal so formulieren.

(D)

(A) (Garbe [SPD])

Frau Witteler-Koch wird es nie kapieren, daß das so ist und nicht anders. Sicher ist es richtig, so wie sie es gestern gesagt hat, daß politische Entscheidungen gemeinsam mit den Männern zu treffen sind. Aber deshalb ist es doch nicht falsch, wenn Frauen dort als Vordenkerinnen und Initiatorinnen für die Belange von Frauen tätig sind und die Politik in all ihren Bereichen kritisch und konstruktiv aus frauenpolitischer Sicht unter die Lupe nehmen und auf die Beachtung und Umsetzung von Frauenbelangen achten. Ich finde, da hat die Frauenministerin schon Etliches vorangebracht.

In fast allen Einzelhaushalten - da unterscheide ich mich in meiner Meinung von Ihnen, Frau Woldering - ist erkennbar, daß Belange der Frauen besser und vermehrt berücksichtigt werden. Sie auch sichtbar zu machen für die, die Erfolge nicht sehen wollen, das kann allerdings nur schwer gelingen. Wenn Dr. Busch heute morgen beklagt hat, daß 5 000 Plätze für Frauen in Frauenhäusern fehlen, und dabei nicht erwähnt, daß die SPD-Fraktion zusätzliche Haushaltsmittel für fünf weitere Frauenhäuser durchgesetzt hat, dann zeichnet er absichtlich ein falsches Bild. Sicher ist damit der Bedarf an Frauenhäusern nicht abgedeckt. Wir werden weiter in diesem Bereich arbeiten müssen.

(B)

In diesem Zusammenhang muß aber auch erwähnt werden, daß Frauen häufig mit ihren Kindern deswegen länger als notwendig in Frauenhäusern leben müssen, weil nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. In der Wohnungsbaupolitik - das haben wir vorhin in der Debatte mitbekommen - kann sich das Land Nordrhein-Westfalen nun tatsächlich gut sehen lassen.

(Lachen bei der CDU)

Ich sage Ihnen einmal ein Beispiel aus Münster, einer Stadt, in der CDU und F.D.P. die Ratsmehrheit haben. Dort wird vom Sozialdienst Katholischer Frauen beklagt, daß das Münstersche Frauenhaus überfüllt ist und zum Beispiel eine Frau mit Kindern dort bereits ihr zweites Weihnachtsfest feiern muß, weil sie keine Wohnung findet. Gleichzeitig gibt die Stadt Münster in 1990 von 600 Wohneinheiten, die vom Land zur Verfügung gestellt wurden, 200 zurück. In 1991 hat sie aus dem für Münster dann schon

(C)

reduzierten Kontingent von 409 Wohnungen wiederum 74 zurückgegeben, und bei weiteren 100 Wohnungseinheiten, die sie aus einem anderen Landesprogramm zusätzlich angeboten bekam, schlicht und ergreifend die Annahme verweigert. Ein wunderschönes Weihnachtsgeschenk für diejenigen Kommunen, die jetzt mit zusätzlichen Wohnungsbaumitteln rechnen können, die von Münster wieder zurückfließen.

Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich will damit nicht sagen, daß keine zusätzlichen Frauenhäuser mehr nötig wären. Im Gegenteil. Wir werden uns weiter gemeinsam mit der Frauenministerin für weitere Frauenhäuser einsetzen, wie wir auch für weitere Mittel, zum Beispiel für Frauenberatungsstellen, sorgen werden.

In diesem Zusammenhang sollte ich sicher auch noch einmal sagen, daß die SPD-Fraktion die notwendigen Mittel für fünf zusätzliche Frauenberatungsstellen auch für diesen Haushalt durchgesetzt hat. Die F.D.P. hat übrigens sowohl zu den zusätzlichen Frauenhäusern als auch zu den Frauenberatungsstellen nein gesagt. Dafür wird dann in einen Aktionismus verfallen, und da will man Mädchenhäuser jetzt und sofort und flächendeckend und zugleich an allen Stellen, ohne daß die F.D.P. vorher ein Wort in dieser Angelegenheit gesagt oder eingebracht hätte - in irgendeiner Debatte, in irgendeinem Zusammenhang. Wenn man in diesem Zusammenhang auch noch erwähnen kann, daß bei der Gewährung zusätzlicher Mittel für eine Kinderschutzambulanz - was auch in diesen Bereich fällt -, die in Münster eingerichtet werden soll, die F.D.P. sich enthalten hat, dann spricht das für sich.

(D)

Ich will hier nicht auf die Einzelhaushalte eingehen und die darin enthaltenen Mittel, die Frauen zugute kommen, herausfiltern. Aber, Frau Hürten, so negativ, wie Sie es gestern dargestellt haben, sieht es in der Tat nicht aus. Aber das ist wohl die Rolle der Opposition, die Sie - das will ich Ihnen gern bestätigen - gut wahrgenommen haben. Sie haben konstruktive Arbeit geleistet. Das darf hier auch einmal gesagt werden. Sie unterscheiden sich da - das können Sie als Lob auffassen - deutlich von der F.D.P.

Frau Witteler-Koch zum Beispiel hat sich immer nur beschränkt auf Herumgemeckere an allem und jedem,

(A) (Garbe [SPD])

und das gipfelt jedesmal in der ständig wiederholten Forderung, das Frauenministerium aufzulösen. Wenn Frau Witteler-Koch ihre Reden mit der vom Vorjahr verwechseln würde, würde es niemand merken - im Gegensatz zu der vertauschten Neujahrsrede des Kanzlers.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen will ich noch eine Bemerkung machen zu dem, was Frau Witteler-Koch gestern gesagt hat. Ich hoffe, sie liest das Protokoll nach. Vielleicht hört sie mich aber auch in ihrem Büro. Ihre abqualifizierenden Äußerungen über die Beraterinnen und Berater in den Beratungsstellen sind eine schlichte Unverschämtheit. Sie hat damit diesen Frauen und Männern pauschal jede Qualifikation für ihre Aufgaben abgesprochen. Ich will das nicht weiter kommentieren; das spricht für sich selbst und gegen Frau Witteler-Koch. Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob sie sich nicht auch als F.D.P.-Frau langsam in ihrer Einschätzung von Frauenpolitik zur Exotin entwickelt. Warum, so frage ich, haben die F.D.P.-Frauen den Liberalen Frauenverein jetzt gegründet? Doch sicher nicht, weil die Mehrheit der Frauen in der F.D.P. überzeugt ist, Frauenpolitik sei überflüssig und die Herren würden es schon richten. - Herzlichen Dank!

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Hagen Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei uns herrscht Gleichberechtigung. Da kann auch einmal ein Mann zu diesem Thema reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Das ist der Grund, warum wir stets gegen die Errichtung eines eigenen Ministeriums waren.

Da sind wir übrigens gar nicht so allein, Frau Garbe. Sie reiben sich immer an der Position der F.D.P.-Fraktion und speziell an den Äußerungen meiner Kollegin Witteler-Koch; vielleicht wäre es einmal interessanter, Sie überzeugten Ihren Parteifreund

(C)

Oskar Lafontaine, der das Ministerium auch aufgelöst hat.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Mit dem teilen Sie doch sonst die Meinung auch nicht!)

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich spreche Sie direkt an: Wir waren ja stets dagegen, ein eigenes Haus einzurichten. Somit ist es natürlich auch nur logisch - in dem Punkt werden Sie mir sicher folgen können - und es wird Sie nicht überraschen, daß wir auch den Haushalt ablehnen. Mehr ist eigentlich nicht zu sagen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordnete Garbe [SPD]: Danke schön! Das hätten Sie sich auch sparen können. Das hätten Sie schriftlich machen können!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf das Wort der Frau Kollegin Hürten für die Fraktion DIE GRÜNEN erteilen.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, nachdem der Herr Tschoeltsch gemerkt hat, daß er jetzt die Rede der Frau Witteler-Koch vom letzten Jahr hat, hat er es doch kurz gemacht und lieber gleich aufgehört.

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Hat Sie das gestört?)

Aber auch ich sage es heute sicherlich nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal: Der geringe finanzielle Umfang dieses Einzelplans zeigt, wie wenig Sie von der SPD Gleichstellungspolitik ernst nehmen. Die Ministerin selbst befindet sich also ständig in einer Situation, einerseits auf die Querschnittsfunktionen ihres Ressorts hinzuweisen, andererseits aber ihr Klientel - z. B. Frauenverbände und Gleichstellungsstellen - immer wieder mit der Behauptung enttäuschen zu müssen, es sei kein Geld da.

Diese Behauptung ist falsch. Das Geld ist da, es wird nur nicht für Gleichstellung und Frauen ausgegeben,

(A) (Hürten [GRÜNE])

sondern für Mackerprojekte und Männer ausgegeben, wie ich gestern schon an verschiedenen Stellen ausgeführt habe.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was sind denn "Mackerprojekte"?)

- Herr Linssen, die Redezeit reicht dafür nicht aus. Ich erkläre es Ihnen ein anderes Mal, was ein Macker ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bejahen die Querschnittsfunktionen des Gleichstellungsministeriums ausdrücklich. Wenn aber die Mitarbeiterinnen von Frau Ridder-Melchers schon aus Zeitmangel kaum dazu kommen, sich wirklich intensiv um Vorgänge in anderen Ministerien zu kümmern, kann es mit den Gleichstellungsbemühungen der Landesregierung insgesamt nicht weit her sein.

Ein starker Etat ist also eine unumgängliche Vorbedingung für einflußreiche Frauenpolitik. Das bedeutet nicht nur Aufstockung der Mittel für die schon bestehenden Aufgaben des Frauenministeriums, sondern konkret eine Ausweitung der Kompetenzen und des Einflußbereiches, also aus Frauensicht darüber nachdenken, wie die Landesregierung umstrukturiert werden kann.

(B)

Beispiele dafür gibt es auch aus anderen Bundesländern, so zum Beispiel die Zusammenfassung von Frauen- und Arbeitspolitik in Hessen oder in Brandenburg sogar das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen.

Ich fordere Sie ausdrücklich auf - bitte geben Sie das dem Ministerpräsidenten weiterzugeben -, auf der nächsten Kabinettsitzung darüber nachzudenken, wie Sie mit einer Umorganisation das Frauenministerium stärken können. Denn für uns gilt es als erwiesen: Eine Frauenministerin am Katzentisch kann nicht mit Brosamen Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe betreiben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Nun zum Einzelplan 11 konkret: Empfänger von

(C)

Zuwendungen aus dem Einzelplan sind im wesentlichen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen. Wir finden das von der Systematik her richtig, sind aber mit der Ausstattung der jeweiligen Haushaltstitel ganz und gar nicht zufrieden. Die GRÜNEN haben deshalb in ihren Anträgen eine wesentliche Erhöhung für beide Anliegen verlangt.

Daß wir ein flächendeckendes und dem Bedarf entsprechendes Angebot an Frauenhäusern wünschen, haben wir schon vor der Wahl und auch bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr betont. Darüber hinaus müssen wir uns im nächsten Jahr intensiv darüber auseinandersetzen, ob der durchschnittliche Förderansatz pro Frauenhaus überhaupt ausreicht, den drängenden Aufgaben gerecht zu werden. Denn die Situation hat sich in Bezug auf fünf Problemfelder in den letzten Jahren geändert und deutlich verschärft.

Die Probleme können mittlerweile sehr klar erkannt werden. Wir wissen seit langem, daß das Zentrum von allen Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen die Familie ist. Auch dort sind wir mit einer Verschärfung des Konfliktes konfrontiert.

Von daher lautet das erste Problem: Mehr Gewalt in Familien. - Immer häufiger sind Frauen von Gewalt in der Familie betroffen. Gewalt gegen Frauen entwickelt sich nicht nur parallel zum insgesamt in der Gesellschaft vorhandenen Gewaltpotential, sondern Gewalt gegen Frauen ist auch Ausdruck der Gegenwehr der Männer gegen das zunehmende Selbstständigkeitsstreben der Frauen.

(D)

Lesen Sie einmal unter dem Gesichtspunkt nur eine Woche lang die Sensationsseiten der Tageszeitungen. Sie sind voll mit Meldungen wie zum Beispiel in dieser Woche: "Kriminalkommissar erwürgte Ehefrau, weil sie ihn verlassen wollte".

Schon für diesen Problembereich reichen die vorhandenen Frauenhäuser nicht aus. Es würde nicht genügen, einige wenige mehr in die Förderung aufzunehmen, obwohl ich es ausdrücklich begrüße, daß die SPD-Fraktion in der Lage war, fünf weitere Frauenhäuser aufzunehmen.

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(A) (Hürten [GRÜNE])

Bereits im letzten Jahr - Frau Garbe hat schon darauf hingewiesen - habe ich Ihnen vorgerechnet, daß pro Jahr 5 500 Frauen - das sind 450 je Monat - keinen Platz in einem Frauenhaus fanden.

Das zweite Problem: Wohnungsnot. - Ich bin sicher, daß vor allen Dingen Sie, meine Herren Abgeordneten, sich nicht vorstellen können, was es bedeutet, als Alleinerziehende aus einem Frauenhaus heraus nach einer Wohnung zu suchen. Die Landesregierung hat aber außer einem dürftigen - ich behaupte: ineffizienten - Halbsatz zur Vergabe von kommunalen Wohnungen nichts zustande gebracht, um diesen Frauen zu helfen.

Tatsache bleibt: Die vorhandene Wohnungsnot und die Vergabepraxis drängt Frauen mit Kindern aus dem Frauenhaus völlig ins Abseits. Eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches oder der Hausratsverordnung, die die Möglichkeit schaffen würde, bei Mißhandlung oder Bedrohung die unverzügliche Zuweisung der gemeinsamen Wohnung an die Frau durchzusetzen, ist nicht in Sicht. Ich fordere ausdrücklich eine entsprechende Gesetzesinitiative der Landesregierung.

(B) (Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE] - Abgeordnete Woldering [CDU]: Haben wir doch!)

So müssen Frauen eben noch sehr lange in Frauenhäusern bleiben. Dem ist Rechnung zu tragen.

Das dritte Problem: Personal in Frauenhäusern. - Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser macht seit vielen Jahren darauf aufmerksam, daß mit den vorhandenen Arbeitskräften keine vernünftige Beratungsarbeit mehr geleistet werden kann. Sie hat uns ein ausführliches Papier vorgelegt, das uns nächstes Jahr Anlaß dafür sein sollte, darüber zu diskutieren, wie die Richtlinien zur Finanzierung von Frauenhäusern überarbeitet und verändert werden können, um die personelle Ausstattung den Erfordernissen der Frauenhausbewohnerinnen und -mitarbeiterinnen anzupassen.

Das vierte Problem: Drogenprobleme und psychische Krankheiten. - Auch im Landtag sollte es sich inzwischen herumgesprochen haben, daß unter Drogenkon-

(C)

sumentinnen - vor allen Dingen unter drogenabhängigen Prostituierten - ein hoher Anteil von Frauen ist, die schon als Kind sexuell mißbraucht worden sind.

Es gibt Wissenschaftlerinnen, die Drogensucht bei Frauen durchweg mit sexueller Unterdrückung in Verbindung bringen. Auf diesen Klientinnenkreis ausgerichtet gibt es kein Therapieangebot. Es existieren nur ganz wenige Angebote, an denen ausschließlich Frauen teilnehmen. Und von drogenabhängigen Mädchen wird meist verlangt, daß sie zurück in die Familie gehen.

Sie müssen auch begreifen, daß sowohl Süchte als auch Zwangshandlungen, Flucht in Phantasien Reaktionen auf Mißhandlung, Drohung und Gewalt sind und daß so viele suchtkranke und therapiebedürftige Frauen in Frauenhäusern landen, ohne dort angemessen beraten und behandelt werden zu können. Es gibt also nicht nur zuwenig Personal in Frauenhäusern, es gibt auch kein auf die Beratung dieses Personenkreises ausgerichtetes Personal. In allen Frauenhäusern müßte dringend geschultes Personal für solche Problemlagen vorhanden sein.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

(D)

Es existieren noch weitere Problemfelder in Frauenhäusern - ich will auf sie aufgrund der verkürzten Redezeit nur hinweisen -: der Problembereich "Ausländerinnen und Flüchtlingsfrauen", der zu zusätzlichem Personalbedarf in bezug auf Rechtsbeistand und in bezug auf Dolmetscherinnen führt, und der enorm zunehmende Kreis von obdachlosen Frauen, die auch vor Gewalt in Frauenhäuser flüchten, aber doch im Grunde genommen fehl am Platze sind. Für sie müssen besondere Auffangmöglichkeiten geschaffen werden.

Ich denke, daß selbstverständlich ist - von Frau Garbe ist schon darauf hingewiesen worden -, daß bei vielen dieser Problemfälle ein Versagen anderer Politikbereiche mitursächlich ist, so zum Beispiel die verfehlte, unzureichende Wohnungsbaupolitik oder das Ausländergesetz, das Frauenrechte an den Ehemann kettet. Aber die tiefere Ursache ist doch das strukturelle Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern in dieser Gesellschaft. Die offene Gewalt von Männern

(A) (Hürten [GRÜNE])

gegen Frauen ist Teil ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung. Frauen vor dieser Gewalt zu schützen, das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit herzustellen ist Aufgabe der Politik.

Deshalb fordern wir nicht nur quantitativen, sondern auch und besonders qualitativen Ausbau der Frauenhäuser. Wir können und wollen es nicht hinnehmen, daß dieser Gesellschaft der Schutz von Frauen und Kindern vor Männergewalt zu teuer ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Ridder-Melchers das Wort.

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Woldering, ich stimme Ihnen in einem Punkt voll zu: daß die Frauen mehr Macht und mehr Einfluß brauchen. Und wir stellen dafür die Weichen. Ich glaube nicht, daß Sie behaupten können, daß sich gerade die CDU auf diesem Feld in der Vergangenheit als Weichenstellerin betätigt hat.

(B)

Ich kann sagen, daß die SPD sowohl innerparteilich als auch in der Regierungsverantwortung jeweils darauf geachtet hat, daß wir verbindliche Regelungen bekommen, die es Frauen möglich machen, Macht und Einfluß wahrzunehmen.

(Zustimmung der Abgeordneten Garbe [SPD])

Sie sollten nur einmal daran denken, Frau Woldering, wie blamabel und jämmerlich der Anteil der Frauen im Bundestag von Ihrer Seite ist. Sie haben da noch viel, viel zu tun.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU)

- Vielleicht darf ich Sie bitten zuzuhören. Ich möchte nämlich die Zeit nutzen, um meine Gedanken vorzutragen. Ich habe leider nur 8 Minuten.

Ich möchte stichwortartig auf einige Punkte eingehen, Frau Woldering.

(C)

Wenn wir Eingaben von Frauen sorgfältig behandeln - meistens handelt es sich um sehr schwierige Sachverhalte, denn Frauen wenden sich an uns, wenn sie anderswo keine befriedigende Antwort bekommen haben -, dann nehmen wir die Dinge sehr ernst und versuchen, sie gründlich zu bearbeiten. Und das braucht halt seine Zeit.

Zum Tagesstättengesetz kann ich nur eines sagen: Mein Ministerium war beteiligt, hat sich darum gekümmert. Dieses Gesetz ist eine gute Grundlage für einen vernünftigen Ausbau von Tageseinrichtungen. Setzen Sie sich bei Ihrer Klientel und in Ihrer Region ein, damit wir bessere Öffnungszeiten bekommen. Dagegen stemmen Sie sich doch. Gehen Sie nach Borken und Bocholt und kümmern Sie sich darum, daß sich die Öffnungszeiten verbessern. Dann treffen wir uns hier wieder.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Wenn Sie so nett sagen, Frau Woldering, die Investitionsansätze in meinem Haushalt seien gekürzt worden: Was sind denn das für Investitionen? - Büroeinrichtungen! Die wollen wir auch nicht jedes Jahr neu haben. Wir wollen Mittel für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen.

(D)

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Diese Mittel brauchen wir also wirklich nicht weiterhin.

Nun zu dem von Ihnen hier so vehement geforderten Bericht zur "Regionalstelle Frau und Beruf"! Wir haben den Punkt im Frauenausschuß doch sehr ausführlich behandelt. Ich habe darüber hinaus zugesagt, ich sei gerne bereit, einen schriftlichen Bericht zu geben. Ich wäre nur dankbar, wenn Sie diese vielen schriftlichen Berichte auch einmal lesen würden. Denn dann wären Sie vielleicht besser informiert, Frau Woldering.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Woldering [CDU])

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

Schlichtweg falsch ist Ihre Behauptung, wir machten nur das Frauenförderungsgesetz und ansonsten nichts.

Wir verfügen über ein umfassendes Frauenförderungskonzept. Und gerade die Maßnahmen - ich denke, das dürfte wohl bekannt sein - für Frauen im öffentlichen Dienst, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, Vereinbarkeit herzustellen durch Beurlaubung, durch längerfristige Beurlaubung, durch Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, durch Angebote beim Wiedereinstieg, können sich in der Tat sehen lassen.

Es wird Sie nicht verwundern, wenn ich von den Leistungen meines Hauses einen anderen Eindruck habe, als Sie ihn vermittelt haben. Ich kann nur sagen: Wir sind stolz auf das, was wir bisher erreicht haben. Ich kann es in der Kürze der Zeit nicht alles darstellen.

Aber ich kenne kein anderes Land, das über ein so hervorragendes Wiedereingliederungsprogramm verfügt wie wir,

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(B) und zwar mit den entsprechenden Maßnahmen, mit denen wir gerade die Zielgruppe von Frauen erreichen, die unser Angebot besonders nötig haben, die sonst keine Angebote bekommen, die von uns Unterhaltsgelder erhalten, für die wir die Tagesbetreuung der Kinder regeln.

Ich kenne auch kein anderes Land in dieser Republik, das die Struktur- und Gleichstellungsaufgaben so gut verbindet, wie wir es jetzt im Rahmen der regionalen Strukturpolitik exerzieren - so etwas gibt es in einem anderen Bundesland nicht -, in die wir die Qualifizierung von Frauen als Element eingebunden haben, die Gleichstellungsbeauftragten beteiligen, erwarten, daß in den regionalen Entwicklungskonzepten natürlich auch die Qualifizierung und die Wiedereingliederung von Frauen aufgearbeitet werden.

Es gibt auch kein Land, das ein so umfassendes Netz von Regionalstellen "Frau und Beruf" finanziert wie Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus,

Speth und des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Es gibt kein anderes Bundesland, in dem es wie hier einen Wettbewerb gibt, der sich gerade an kleine und mittlere Betriebe wendet und das frauen- und familienfreundliche Verhalten von Betrieben einfordert. Wir sind das erste Bundesland, das so etwas initiiert hat. Andere Bundesländer tun es uns jetzt gleich.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Oder unser Modellprojekt Personalstellenpool. Auch hier als Adressat Klein- und Mittelunternehmen. Es gibt noch kein anderes Land, das sich solche Gedanken macht. Unser Netz an Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen ist vorbildlich, auch was die Höhe der Einzelfinanzierung angeht. Frau Hürten, ich sage Ihnen das ganz deutlich. Ich hätte auch noch mehr. Ich kann Ihren Antrag ganz gut begreifen. Aber wir müssen hier auch schrittweise vorangehen. Denn es geht jetzt hier nicht um die Finanzierungen des Landes, wir brauchen bei diesen Angeboten auch die kommunale Finanzierung, und die fehlt teilweise und läßt zu wünschen übrig. Da ist noch vieles zu tun.

Ich möchte noch einmal auf Frau Woldering zurückkommen. Sie haben angemahnt, ich sollte mir ein Vorbild an dem nehmen, was in Bonn passiert.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Lieber nicht!)

Ich muß sagen, ich wünschte mir, es passierte mehr in Bonn, dann könnten wir uns die Arbeit manchmal leichter machen. Ich habe das hier schon einmal gesagt. Wir hätten uns nicht die Mühe mit unserem eigenen Frauenförderungsgesetz machen müssen, wenn diese Bundesregierung mal schneller reagiert hätte.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir bräuchten auch keinen Reinigungserlaß, wenn diese Bundesregierung die Geringfügigkeitsgrenze abschaffen würde. Dies alles bräuchten wir nicht, wenn man bei der Bundesregierung ein bißchen aktiver wäre.

Aber was hat die Frau Merkel bis jetzt geschafft? Sie

(C)

(D)

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

legt jetzt nach Mühe und Not einen ersten Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes vor. Ich habe immer gewartet, was ist denn da so alles drin? Das, was darin sein müßte, steht zur Zeit gar nicht drin. Ich befürchte auch, es wird nicht drinstehen. Es wird ein ganz schwammiges, weiches Gesetz nur für die Bundesverwaltung. Ich muß sagen, das reicht mir nicht für ein Gleichstellungsgesetz aus. Da wäre die Bundesministerin ganz anders gefordert.

Frau Hürten, zu Ihnen noch eins. Sie hatten das auch gestern in der Debatte gesagt. Für mich ist es ganz wichtig, nochmals darauf hinzuweisen: Das, was im Bereich der Frauenpolitik in diesem Lande passiert, spielt sich nicht nur im Haushalt der Ministerin ab, und spielt sich auch nicht nur da ab, was wir im Zuge der Beilage zu meinem Haushalt hinzugefügt haben. Es wäre wirklich ein Mißbrauch dieser Beilage, wenn Sie so argumentieren wollten: Das, was im Haushalt der Ministerin und in der Beilage steht, das ist alles das, was für Frauen gemacht wird. Ich darf Sie herzlich bitten, darauf hinzuweisen, was alles nicht in dieser Beilage steht, aber was sich im Haushalt des Landes umsetzt, und zwar in allen Fachpolitiken.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(B)

Ich darf vielleicht darauf hinweisen: Wir haben in der letzten Frauenausschußsitzung gemeinsam mit fünf Ministerien der Landesverwaltung diesem Frauenausschuß einen Bericht über das, was sich alles im Rahmen des Landeshaushaltes vollzieht, vorgelegt. Ich muß sagen, nach dieser Sitzung hatte ich den Eindruck, die Mitglieder dieses Frauenausschusses waren wirklich bar erschöpft über all das, was dort geschieht.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, darf ich Sie einmal unterbrechen? Wollen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Hürten zulassen?

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Nein. Meine Redezeit ist zu Ende, und ich muß jetzt auch zum Schluß kommen.

Nur dieses Beispiel noch einmal. Daran wird deutlich,

(C)

wieviel gemacht wird und wie umfänglich die Frauenpolitik ist, und so soll es auch weitergehen.

Ich darf zum Abschluß noch sagen: Wir wollen mit unserer Frauenpolitik auf der einen Seite die Frauen ermutigen, die Frauen unterstützen und fördern und auf der anderen Seite den Männern Mut machen, ihre Aufgabe in der Familie wahrzunehmen. Also: Frauenförderung im Beruf - Männerförderung in der Familie. Ich denke, dann haben wir in der Summe ein rundes Gleichstellungskonzept. Das wollen wir umsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN ab, und zwar Drucksache 11/2913, Kapitel 11 020 Titel 684 40, Stichwort: Zusammenfassung der Mittelvergabe für Frauenberatungsstellen und Mädchenhäuser. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt.

(D)

Wir kommen damit zur Entscheidung über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2811. Wer dem Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2811 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung entsprochen worden, und dem Einzelplan 11 ist in zweiter Lesung zugestimmt worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und